

Gastbeitrag zur Einkommensverteilung in Deutschland

Die Formel „Reichtum für alle!“ führt am Ende nur zur Armut für alle

Von Lüder Gerken

Eines muss man Gregor Gysi, dem Linken, lassen: Humor hat er und Selbstironie auch. Und beides setzt er hemmungslos ein. Immerhin kam so wenigstens ein bisschen Leben in den ansonsten doch sehr müden Bundestagswahlkampf.

Bezeichnend für den Spaßfaktor, den Gysi in den Wahlkampf getragen hat, ist ein Plakat. In Berlin und in den neuen Bundesländern war es an allen, in den alten Ländern zumindest an einigen Ecken zu sehen. Von diesem Plakat lächelte Gysi herab, und darüber konnte man lesen: „Reichtum für alle“.

Eine solche Forderung aufzustellen, dazu gehört Mut. Nicht,

Vorab: Ein Arbeitsplatz mit einem festen Gehalt ist alles andere als selbstverständlich. Heute, da fast neunzig Prozent der Erwerbstätigen abhängig beschäftigt und nur zehn Prozent selbstständig sind, vergisst man leicht, dass es jahrhundertlang umgekehrt war: Die meisten Menschen mussten als Bauern oder Handwerker ohne festes Gehalt auskommen. Erst im Zuge der industriellen Revolution entstanden in großem Umfang Arbeitsplätze mit einem festen Stundenlohn (wenngleich auch anfangs zu erbärmlichen Bedingungen).

Wie ist das geschehen? Auch wenn nach einer Allensbach-Umfrage die meisten Deutschen der Meinung sind, die Schaffung von Arbeitsplätzen sei dem Staat

weil sie unpopulär wäre. Vielmehr, weil sie ökonomisch blanker Unsinn ist und damit letztlich auch die Umverteilungsversprechungen ad absurdum

führt, die nahezu sämtliche Politiker nahezu aller Parteien immer wieder im Munde führen.

Warum ist die Forderung „Reichtum für alle“ blanker Unsinn? Betrachten wir dafür das Verhältnis zwischen Unternehmergewinnen und Arbeitnehmerlöhnen, das in der öffentlichen Wahrnehmung ja besonders sensibel ist.

zu verdanken, stimmt das, mit Ausnahme des öffentlichen Dienstes, nicht. Der Staat kann nur günstige oder ungünstige Rahmenbedingungen setzen. Geschaffen werden Arbeitsplätze durch Unternehmer.

Die haben eine Geschäftsidee – vor 200 Jahren etwa die Erzeugung von Eisen, heute vielleicht eine neue Software – und trauen sich zu, mit dem erforderlichen (eigenen oder geliehenen) Kapital diese Idee zu verwirklichen. Wenn sie dafür Mitarbeiter benötigen, stellen sie sie für ein festes Gehalt ein.

Wenn nur der Unternehmer seine Idee toll findet und kaum jemand sonst, bleibt er auf seinem Produkt sitzen und geht konkurs. Soweit er, was früher selbstverständlich war, mit sei-



nem Privatvermögen haftet, wird er zum armen Mann. Zwar verlieren auch die Arbeitnehmer ihre Beschäftigung. Über die Zeit betrachtet, sind sie aber besser dran, als wenn der Unternehmer es gar nicht erst versucht hätte, denn so erhielten sie zumindest vorübergehend ein festes Gehalt.

Wenn dagegen sehr viele Menschen das Produkt toll finden und kaufen, dann erzielt der Unternehmer einen hohen Gewinn. Denn ihm bleiben sämtliche Einnahmen nach Abzug der festen Lohn- und sonstigen Kosten. Man kann sagen: Er wird dafür belohnt, dass er das Risiko eingegangen ist.

Je mehr erfolgreiche Unternehmer tätig sind, um so stärker wächst zum einen die Volkswirt-

schaft und damit der gesamtwirtschaftliche Wohlstand; umso größer wird zum anderen aber auch das Einkommensgefälle zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern. Mit anderen Worten: Wohlstand und Ungleichheit der Einkommen sind zwei Seiten derselben Medaille.

Was passiert nun, wenn der Staat zu Umverteilungszwecken den Gewinn zum Großteil oder gar ganz abschöpft? Da auch Unternehmer gewöhnliche Menschen sind, denken sie zuerst an sich und werden sich fragen, warum sie dann etwas riskieren sollen. Sie haben ja nichts davon. Wirtschaft und Wohlstand stagnieren und beginnen irgendwann zu schrumpfen.

Je mehr also umverteilt wird, desto weniger ist vorhanden, was sich unverteilen lässt. Es liegt folglich ein unauf löslicher Zielkonflikt zwischen Wohlstandsmehrung und Umverteilung vor. Daher ist bei der Umverteilung Augenmaß geboten – auch im Interesse der Arbeitnehmer.

Was mit einer Gesellschaft passiert, die rigoros die Gewinne beschneidet und dadurch das Unternehmertum unterdrückt, zeigt eindrucksvoll die ehemalige DDR – die alte Heimat des Gregor Gysi. Sie hatte sich „Reichtum für alle“ auf die Fahnen geschrieben und deshalb eine radikale Umverteilungspolitik durchgeführt. Ergebnis war am Ende die Armut für alle.

Lüder Gerken ist Vorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik und der Hayek-Stiftung.